

Volksmacht

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 45 Pfg., vierteljährlich 1,35 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gesprochene Zeilen oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Expedition: Paradiesgasse Nr. 32. Redaktion: Dominikswall Nr. 8. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags.

Telephon

Redaktion 2552

Telephon

Expedition 2537

Nr. 18.

Danzig, den 28. Februar 1912.

3. Jahrgang.

Nach den Etatsdebatten.

Auf dem Wege zur Sammlung.

Der Ruf der Regierung zur Sammlung wurde viel in der nationalliberalen Presse verspottet, aber die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen haben ihn jeden Spott und Hohn angehört. Die „furchtbare Tatsache“, daß 4 1/4 Millionen deutscher Wähler für die Sozialdemokratie gestimmt haben, daß unsere Vertreter nahezu ein Drittel der Reichstagsitze besetzen, würde schon genügen, um den Vertretern des Kapitals den Ruf nach der Sammlung begreiflich zu machen. Aber nicht nur ihre Gegnerschaft zur Arbeiterklasse macht sie für diesen Ruf empfänglich. Es gibt — wie wir mehr als einmal ausgeführt haben — keine einzige wichtige Frage der Reichspolitik, in der im Ernst die Wege des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen auseinandergehen würden. Daß die Konservativen und das Zentrum den verlorenen nationalliberalen Sohn bald am Familientische sehen möchten, ist ohne weiteres klar. Die Nationalliberalen würden doch die Bligableiter bilden. Ihre Anwesenheit im Regierungslager würde die Agitation der liberalen Presse gegen das Schalten der Reaktion eindämmen und bei gegenseitiger Unterstützung ließe sich manch ein Mandat aus den Klauen der Sozialdemokratie retten. Auch die Nationalliberalen sehnen sich nach der Regierungskrippe. Sie fürchten bei ihren Geldgebern den Anschein zu erwecken, als ob sie der Sozialdemokratie auch nur die geringsten Zugeständnisse machen möchten. Darum verließen auch sie das Präsidium, nachdem der Zentrumsmann aus ihm ausgetreten war, darum ließen sie Herrn Paasche es bei dem Barte des Propheten beschwören, daß ihnen alle „nationalen Güter“ heilig sind, daß sie „königstreu bis auf die Knochen“ sind, darum haben sie zuletzt das Märchen aufgetischt, der aufrechte Republikaner Bebel habe ihnen in seinen alten Tagen — entgegen dem Beschluß der Reichstagsfraktion zugesagt, daß der sozialdemokratische Vizepräsident die Hauptrollen übernehmen wird. Glaube dem, wer will, aber jedenfalls soll das beweisen, daß die Nationalliberalen sich nur darum mit den Sozialdemokraten in ein Teufelsmischel eingelassen haben, um sie zum Hurratriotismus — wenn auch anfangs nur in der Person des Benossen Scheidemann — zu erziehen. Wie groß indessen auch der Wunsch der beiden Seiten nach einer Annäherung sein mag, auf dem Wege zu ihr liegen noch wichtige Hindernisse, die — wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten — manchen Kampf verursachen müssen, bis sie weggeräumt werden.

Um es vorwegzunehmen, so sind es nicht die „liberalen“ Forderungen, die Herr Junker im Namen der Nationalliberalen erhoben hat. Denn was die Nationalliberalen auf dem verfassungs- und handelspolitischen Gebiete „fordern“, das würde den Junkern keine Sorge bereiten. Herr Junker fordert die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, aber er fordert nicht, daß der Reichskanzler von der Mehrheit des Reichstages gestellt und zum Rücktritt gezwungen werden kann, er fordert also ein Messer ohne Klinge, oder noch richtiger eine Klinge ohne Messer. Wenn Herr Junker im Namen seiner Fraktion die Aenderung des preußischen Wahlrechts fordert, so lachen sich die Junker ins Fäustchen, weil sie doch die Komödie der Irrungen kennen, die die nationalliberale Fraktion im preußischen Landtag vorführte, als es galt, das preußische Scheusal zu erdroßeln. Auch die Forderung der Nationalliberalen nach der Weiterführung der Sozialpolitik braucht den Junkern keine Angst einzujagen, weil doch bekannt ist, daß die nationalliberale Partei den Herren von der schweren Industrie zuliebe es bei den Worten belassen wird; und dabei hat doch Herr Junker durch den Hinweis auf das fegensreiche Werk des Versicherungsgesetzes bewiesen, daß es sich für ihn nur um die Sozialpolitik handelt, wie sie die Schlotbarone meinen; d. h. um die Betäubung der Arbeiter auch der spärlichen Selbstverwaltungsberechtigten, die sie besitzen.

Anstoß erregt bei den Junkern die Forderung der Reichserbschaftsteuer zur Deckung der Rüstungsvorlagen. Die Nationalliberalen bleiben bei dieser Forderung aus zwei Gründen. Erstens weil sie den Massen, von denen sie in höherem Grade abhängen, als das Zentrum und die Konservativen, die schließlich doch über eine statische Anzahl noch sicherer Wahlkreise verfügen, Sand in die Augen streuen wollen. Ohne „sozialen Einschlag“ — wie sich Junker ausdrückte — können sie nicht vor die Massen treten, wenn die Last der indirekten Steuern mit jedem Jahr wächst. Eine Erbschaftsteuer, würde sie auch sein wie ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein, gäbe ihnen doch die Möglichkeit zu erklären: auch die besitzenden Klassen bringen Opfer für das Vaterland. Dazu kommt noch ein zweiter Umstand. Die Ablehnung der Erbschaftsteuer durch das Zentrum und die Konservativen, die den Sturz Bülow's herbeiführte, bedeutete einen Sieg der agrarischen Reaktion und bewies, daß sie Trumpf in Deutschland ist, daß die Regierung vor ihr kucken muß. Gelingt es den Nationalliberalen nicht, den Junkern die Erbschaft-

steuer abzutrotzen und treten sie trotzdem auf ihre Seite, dann werden sie nicht als Verbündete, sondern als Anechte der Junker dastehen.

Die Junker haben aber nicht die geringste Lust, die Flinte ins Korn zu werfen. Sie wollen die Erbschaftsteuer nicht, erstens weil ihre Eintreibung die Steuerschwindelerei der im Herrn ruhenden Väter ans Licht ziehen würde, zweitens weil sie ein Denkmal ihres Zurückweichens vor dem Industrie- und Finanzkapital bilden würde. Sie erklären also: wir werden gegen diese Steuer, die eine Brückensicherung für uns bedeuten würde, bis zum letzten Augenblick kämpfen. Und wer die Rasse der Junker kennt, der wird ihnen mehr Glauben schenken, als den Beteuerungen der Nationalliberalen, daß sie bei ihrer Forderung verbleiben. Jedenfalls wird die Frage nicht ohne ernste Kämpfe aus der Welt geschafft, wenn die Regierung nicht den Stein des Anstoßes entfernt, indem sie diese Steuer überhaupt nicht einbringt, sondern entweder die neuen Rüstungsausgaben aus den laufenden Mitteln deckt, wozu sie speziell vom Zentrum eingeladen wird, oder neue Steuern auf den Verkehr, den Verbrauch der Massen aushebt.

Bevor diese Frage nicht irgendwo gelöst wird, wird Herr v. Bethmann-Hollweg schwerlich sein Sammlungsziel erreichen. Aber es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß die Nationalliberalen, weil sie noch nicht ganz in den Armen der Reaktion ruhen, gegen sie kämpfen würden. Wo der Kurs der Nationalliberalen Partei hingehet, das sagt die „Königliche Zeitung“ in folgenden unmißverständlichen Worten:

Wir haben hier schon vor vier Jahren darauf hingewiesen, daß ein Druck von rechts die Nationalliberalen notwendig nach links, ein Druck nach links, sie nach rechts drängen müsse. Wenn nicht alles trügt, hat jetzt wieder der Druck von links eingeseht.

Das ist die Ansage des Abmarsches der Nationalliberalen nach rechts.

Man kann also die Parteisituation am Ende der Etatsdebatten in folgenden Worten zusammenfassen: **Abmarsch der Nationalliberalen nach rechts, aber Kampf zwischen Nationalliberalen und Konservativen in Sicht um den überwiegenden Einfluß im Block der Reaktion.**

Politische Übersicht.

Worauf die Junker warten.

Am 26. Januar 1912, also unmittelbar nach dem Abschluß der Reichstagswahlen, tagte in Breslau eine Konferenz der konservativen Vertrauensleute der Provinz Schlesien, die von den Edelsten und Besten der Nation, von einigen Landräten und einem christlichen Arbeiterleiter besucht war. Die Breslauer Volksmacht ist jetzt in der Lage, das Protokoll über die vertraulich geführten Verhandlungen zu veröffentlichen. Abgesehen von den allgemeinen Schnarzen über den Ausfall der Reichstagswahlen, von der Tatsache, daß im Kreise Hirschberg allein 125 000 Mark (?) für konservative Wahlzwecke aufgebracht wurden usw. verdient eine Rede des Führers der Junker, des Abgeordneten v. Heydebrand, besondere Beachtung, weil sie mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zeigt, worauf die Herren von Heydebrand warten, um ihre Herrschaft zu befestigen. Der Reichstagsabgeordnete v. Heydebrand sagte nach dem Protokoll:

„Die Erregung des Wahlkampfes darf natürlich nicht so weit wüten, etwa dem Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Es ist nicht unbedenklich, eine zu scharf antisemitische Färbung dem Wahlkampfe zu geben. Das Parteiprogramm scheint für diesen Punkt ausreichend. Wichtiger indes als das Selbste ist es, mit allem Nachdruck auf den großen Ernst und die Bedenklichkeit der Situation hinzuweisen. Die Ergebnisse der letzten Stichwahlen sind Zeichen der Zeit, wie sie noch niemals da waren. . . . Aus dem Chaos der Stichwahlen haben wir versucht herauszufinden, was möglich war, es war dies aber sehr schwer, nachdem man sich überzeugen mußte, daß die Reichsregierung anscheinend von dem ganzen Ernst der Sache nicht diejenige Vorstellung hatte, die sie hätte haben müssen. Hätte die Regierung ihre Pflicht, in diesem Kampfe voranzugehen, erfüllt, dann wäre das Resultat der Stichwahlen ein andres gewesen. Daß wir den Fortschrittlern nachließen, war ganz ausgeschlossen, wenn nicht entscheidende konservative Momente in Frage gestellt werden sollten. Diese (Fortschrittlern-) Partei ist eine andre geworden. Was ist von ihrem Patriotismus, ihren Grundsätzen noch übrig? . . . Es ist jetzt, soweit man es übersehen kann, eine Mehrheit der Linken da, die aber zu zwei Dritteln von der Sozialdemokratie und einem Drittel von deren Hörigen gebildet wird. Die Entscheidung wird stets von wenigen Stimmen, d. h. vom Zufall abhängen, und vom Zufall sollte nichts in der Politik abhängen. Die Sache liegt so, daß die neue Mehrheit alles verhindern kann. Es gibt nichts Vernünftiges, daß diese Majorität nicht verhindern kann. Das eine scheint sicher: es wird nichts gelchehen, was der Sozialdemokratie Abbruch tun kann. Dies steht jetzt hinter einem Wall, hinter dem sie augenscheinlich unangreifbar ist. Wir haben eine deutliche Entwicklung nach der Seite der parlamentarischen Regierung hin. Zu einer Mehrheitsbildung in diesem Sinne würden eventuell auch die Nationalliberalen mitwirken. Die Regierung hat erklärt: eine Mehrheit für Erhaltung der gegenwärtigen Schutzpolitik — mit Einschluß der Polen und des rechten Flügels der Nationalliberalen — sei vorhanden und vielleicht auch für die Wehrfragen, da die Freisinnigen mit ihrer bisherigen Haltung in diesen Fragen im Volke sehr üble Erfahrungen gemacht haben. Was die Mittel angeht, die dazu erforderlich sind, so wird auf eine nennenswerte indirekte Besteuerung nicht mehr zu rechnen sein, nach den Erfahrungen der letzten Jahre.

Es werden voraussichtlich sich nur Mehrheiten finden für Steuern, die den Besitz sehr stark treffen. Hierbei steigt die Frage auf: Was ist richtig, daß die konservative Partei so geführt wurde, daß sie in diese Situation und zu diesem Wahlergebnis kommen mußte? Das ist eine schwere, verantwortungsvolle Frage. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Politik der letzten Jahre nicht anders geführt werden konnte, als es geschah. Die Volksgemeinschaft konnte nicht von Dauer sein, wenn dabei die konservative Partei nicht schweren Schaden nehmen sollte. Jedenfalls ist die Partei, das hat auch der Wahlkampf gelehrt, seit den letzten zwei Jahren stärker, einiger und fester geworden, als sie jemals war. . . . Eine Zukunft haben wir ganz gewiß auch in diesem Reichstag. Irgend-eine positive Arbeit ohne die konservative Partei kann gar nicht geleistet werden, und da hängt es nur von der Einigkeit, Kraft und geschickten Führung unsrer Partei ab und in gewissen Situationen von den Herren, die wir behalten müssen, ob aus den Dingen etwas Schlimmes werden soll oder nicht. Wo aber wird und muß das enden?

Es ist nur noch eine Stufe bis zur Revolution. Wir stehen ähnlich da, wie vor 1789 Frankreich. In dieser Situation kann man die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Regierung trotz ihrer jetzigen heiteren Sorglosigkeit sich noch darauf besinnen könnte, daß die letzten Grundfragen unsrer staatsbürgerlichen Existenz in Frage gestellt sind. Sollte die Regierung nicht aufwachen, so würde die Sozialdemokratie sie schon aufwecken. Wenn die friedliche, harmlose Stimmung, die während der Wahlen zur Schau getragen wurde, vorüber ist, wird die Masse schon einen ganz andern Ton verlangen. Dann wird den Hörigen der Revolutionäre hinhin melangst werden, ebenso manchen andern, die jetzt noch untätig sein wollen. Dann wird unsere Stunde da sein. Man weiß, daß man auf uns rechnen kann. Deshalb wollen wir diesen Tag in der Zukunft abwarten und bis dahin, wie gesagt, unsere Arbeit in noch höherem Maße wie bisher weiter leisten. . . . Wehe uns, wenn wir nicht arbeiten! In der Zeit der Arbeit wollen wir dem Volke klar machen, daß wir die Rechte des Bürgertums verteidigt haben und verteidigen werden, wenn es hart auf hart geht. Und ich bin überzeugt, daß sich dann viele Kreise, die bis dahin zur radikalen Linken hinneigen, zu uns finden werden, wenn die Ziele der Radikalen nicht mehr zu verkennen sein werden. Ich vermute, daß ein Wandel in den Dingen ohne schwere Zudungen des Staatskörpers nicht vor sich gehen wird. Auf diesen Tag wird die konservative Partei stolz sein können, und es wird sich zeigen, daß auch aus solchen Zeiten, wie wir sie jetzt haben, einer Partei gute Früchte erwachsen können.“

Der Junkerführer hat in dieser Rede ein Bild von der Zukunft der deutschen Politik entworfen, das zutreffend sein könnte, wenn — der deutsche Liberalismus nur ein wenig liberaler wäre. Er mag aus den Ausführungen des Herrn v. Heydebrand ersehen, was seine Pflicht in der nächsten Zukunft ist. Wir haben freilich nicht viel Hoffnung, daß er sie erfüllen wird.

Die Junker haben deshalb wahrscheinlich noch nicht nötig, ihre einzige Hoffnung auf den Staatsreich zu setzen, wie Herr v. Heydebrand das in der Rede ganz unverblümt sagt. Aber es ist immerhin ganz gut, daß das deutsche Volk wieder einmal erfährt, daß unsre Junker ganz kaltblütig den Gedanken ventilieren, das Portemonnaie der Besitzenden mit Maschinengewehren und Lichtschwertmützen zu schütten und das arbeitende Volk nach einem kräftigen Aderlaß zu knebeln und zu entrechteten. Die deutsche Arbeiterklasse wird den Herren Staatsrechtlern diese Suppe arg zu verulzen wissen!

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Fort mit den Hungerzöllen!

Die erste Schlacht gegen die wirtschaftliche Raubpolitik der Konservativen lieferte unsere Reichstagsfraktion bei der Interpellation über die Aufhebung der Kartoffelzölle. Als im Jahre 1902 nach stürmischen parlamentarischen Kämpfen und unter gewalttätigem Bruch der Geschäftsordnung der unheilvolle, die Volksernährung schwer schädigende Zolltarif geschaffen wurde, setzte die beutegierige Agrarierfraktion auch einen Saisonzoll auf Kartoffeln durch, der jährlich in der Zeit vom 15. Februar bis 1. Mai für ausländische Kartoffeln zur Erhebung gelangt. Die Absicht bei der Schaffung dieses besonders infamen Zolles war, die Kartoffelpreise stetig in die Höhe zu treiben, trotz der vergrößerten Anbaufläche und der ertragreicheren Ernten. Und diese Wirkung ist auch erreicht. Die abnormen Witterungsverhältnisse im vorigen Sommer haben aber die Kartoffelernte sehr ungünstig beeinflusst, dem ihr Ertrag sank auf 3,9 Millionen Tonnen gegen 43,5 Millionen im Jahre 1910. Für Kartoffeln muß man jetzt in Deutschland auf Hungerpreise zahlen, ein Notstand, unter dem naturgemäß die arbeitende Bevölkerung bei ihrem geringen Einkommen und der dadurch hervorgerufenen Zwangslage, viel Kartoffeln zu konsumieren, außerordentlich hart zu leiden hat. Deutschland hat wohl den größten Kartoffelkonsum aller Kulturländer. Während in England nur 114 Kilogramm pro Kopf konsumiert werden, in Frankreich 134, und sogar in Oesterreich nur 248, beträgt in Deutschland der Kartoffelkonsum 605 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Zoll und Mähernte, die jedes Jahr für sich schon die Konsumenten sehr benachteiligen, müssen in der Zusammenwirkung eine wahre Kalamität schaffen, wie wir sie gegenwärtig in Deutschland zu verzeichnen haben. Die sozialdemokratische Fraktion und ebenfalls die fortschrittliche Volkspartei forderten in einer Interpellation, die heute zur Verhandlung stand, die Aufhebung dieses Zolles; die Volksparteiler allerdings nur die zeitweilige Aufhebung. Weiter verlangen beide Parteien die Aufhebung des Zolles auf Futtergerste und Mais; die Volksparteiler auch hier nur eine zeitweilige Aufhebung. Die Aufkündigung dieser Interpellationen in voriger Woche hat wenigstens bereits einen kleinen Erfolg gezeitigt, denn beim Bundesrat ist der Antrag der Reichsregierung eingegangen, bis 30. April keinen Zoll auf

vahren. Er schimpft dafür lieber auf die Demokratie, weil er das für ungefährlicher hält.

Die beglückten Schwarzen. Aus Ostafrika wird gemeldet: Wie kürzlich offiziell bekannt gegeben worden ist, soll am 1. April dieses Jahres eine grundlegende Veränderung der bisherigen Häuser- und Hüttensteuererhebung in Kraft treten, indem für alle diejenigen Farbigen, welche keine Häuser- bezw. Hüttensteuer zahlen, die Verpflichtung zur Entrichtung einer Kopfsteuer eingeführt werden wird. Abgesehen von der beabsichtigten Hebung der Schutzgebühren wird diese Veränderung der Steuererhebung auf eine Verbesserung der sanitären Verhältnisse der Eingeborenen hin, da man von der Einführung der besonderen Kopfsteuer die Befreiung der besonders in den letzten Jahren eingerissenen Zusammenpferdung zahlreicher Menschen in einer Hütte erhofft.

Die Kopfsteuer ist eine sanitäre Maßregel. Wie dankbar müssen die Neger sein!

Die Millionäre werden Sozialdemokraten — wenn sie Steuern zahlen sollten! Die Königlich Volkszeitung, das führende rheinische Zentrumblatt schreibt:

Wenn man aber glaubt, daß die Ablehnung der Erbschaftsteuer die Ursache des Wachstums der Sozialdemokratie bilde, so ist das eine verkehrte Ansicht. Die Einführung dieser Steuer würde vielleicht ein weiteres Heer von Unzufriedenen schaffen, die ihrer Empfindung dann bei einer künftigen Wahl durch Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels Ausdruck geben.

Das Zentrumblatt wird sicherlich die Gefühle der Millionäre gut genug kennen und auch von der „nationalen Zuverlässigkeit“ der Reichen eine Ahnung haben. Seine Aeußerung ist wirklich sehr interessant.

Ausland.

Großbritannien.

Das erste Arbeiterlagersblatt

werden die englischen Arbeiter demnächst erhalten. Die Birminghamer Konferenz der Arbeiterpartei hat beschlossen, eine Arbeitergesellschaft mit einem Kapital von 150.000 Pfund Sterling (1 Pfd. Sterling gleich 20 Mark) sofort ins Leben zu rufen. Die Konferenz bewilligte 6000 Pfund aus der Kasse der Partei zu dem Zwecke. Gleichzeitig begann die Agitation in den großen Gewerkschaften, damit diese einen Teil ihrer Gelder in das Unternehmen stecken. Der erste Erfolg ist bei den Maschinenbauern und Mechanikern erzielt worden, deren Organisation den Beschluß faßte, 5000 Pfund anzulegen.

Persien.

Der russische Galgen.

Als Musterbeispiel für die Hunnenherrschaft, die die Russen in Persien ausüben, verdient folgende Schilderung der Rowoje Wremja, eines Regierungsblattes des blutigen Nikolaus, festgehalten zu werden:

„Der erste Gang — so heißt es in dem genannten Bericht — war besonders ergiebig. . . . Mit Ausnahme eines einzigen, der wegen Mangels an Beweisen freigesprochen wurde, wurden alle zum Tode durch den Strang verurteilt. Danach wurden die Verurteilten nach Sarbas-Chane gebracht, wo der Galgen hergerichtet war. Der Vorsitzende des Kriegesgerichts verlas zum zweiten Male das von dem Chef des Detachements bestätigte Urteil. Das Urteil einiger Verurteilter wurde dunkler, sie hatten offenbar bis zum letzten Augenblick auf Begnadigung gehofft.“

Weiter schildert der Korrespondent mit schmahendem Behagen die Einzelheiten des von russischen Kriegsgerichte sanktionierten Massenmordes: „Während die Vorbereitungen zur Hinrichtung getroffen werden, stehen die Verurteilten in der Nähe des Galgens; sie befinden sich offenbar unter einer Art Hypnose, das Hirn arbeitet nicht mehr, die Begegnung erscheint wie in einem Nebel. Einer von ihnen, wie es scheint Sija-ul-Usma (der Vorsitzende des höchsten Gerichtshofes in Tabriz, d. Red.) beginnt mechanisch Gebete zu murmeln; er bricht aber plötzlich ab und wendet sich mit Flüchen an die Henker. Siket-ul-Islam (der oberste geistliche Würdenträger in Tabriz) bewegt sich wie ein Automat auf demselben Fleck. Endlich wird den Henkern gestattet, ans Werk zu gehen. Als erster ist der Scheich Selim an der Reihe. Zwei Henker stürzen sich voll Wut auf ihren früheren Gebieter; sie werfen ihn zu Boden, legen ihm eine Schlinge um den Hals und ziehen sie zu, indem sie sich mit den Beinen gegen die Brust des Scheichs stemmen. Eine Minute — und der frühere Inspirator der Bewegung baumelt in der Luft. Die Schlinge — begeistert sich der Korrespondent des offiziellen Blattes — ist offenbar von sachkundiger Hand angelegt worden; nach zwei bis drei Minuten verläßt die Seele des Scheichs seinen sterblichen Körper.“

Weiter folgen zwei Brüder, Zidals. Die übrigen haben offenbar ihren Mut verloren, sie knien nieder und beginnen zu beten; die Lippen flüchten zusammenhanglos die Namen des Propheten und des Imams, die Augen starren sinnlos in die Ferne. Die Reihe kommt an Sija-ul-Usma; er wendet sich an den nächststehenden Henker und spricht: „Uebergib der Volksversammlung in meinem Namen. . .“ Aber die Hand des hinter ihm stehenden Soldaten schließt ihm den Mund, und er verstummt.

„Unter den Henkern entsteht schließlich Streit. Einer von ihnen hat sich entfernt, um zu rauchen, und die anderen wollen nicht ohne ihn an Siket-ul-Islams Hinrichtung schreiten. Endlich ist aber alles zu Ende.“

Ebenso begeistert sich vor einem Jahrzehnt das einflussreichste Blatt der russischen Bürokraten für das Blutbad, das russische Offiziere unter Tausenden von wehrlosen Chinesen in Blagowestschensk anrichteten. Die Chinesen haben diese Blutschuld zum Teil bereits im russisch-japanischen Krieg beglichen. Auch das persische Volk wird das Blutregiment, das die Russen unter der stillschweigenden Zustimmung der europäischen „Kulturstaaten“ in Persien etabliert haben, nicht ungerührt lassen. Die russischen Machthaber haben dort dieselbe blutige Saat ausgestreut wie in ihrem eigenen Lande, und können sicher sein, daß sie dadurch ihren Untergang nur beschleunigen.

Kleine politische Nachrichten.

Keine freie Fahrt für beurlaubte Soldaten. Der im schiffischen Landtage von der zweiten Kammer angenommene Antrag, den Mannschaften des deutschen Heeres bei Urlaubsreisen in die Heimat freie Fahrt zu gewähren und die Kosten dafür auf den Militäretat des Reiches zu übernehmen, stößt auf den entschiedenen Widerspruch Preussens. Namentlich der preussische Kriegsminister soll aus vertriebenen militärischen Gründen dagegen sein. Der Antrag hat eine Aussicht, durchzuführen, was ja eigentlich selbstverständlich ist, da trotz der Milliardenausgaben für militärische Zwecke Deutschland für den „gemeinen“ Soldaten nie Geld hatte.

Zentrumspolitik. Das Landgericht München I verurteilte nach achtstägiger Verhandlung den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Auer-München wegen Beleidigung der Zentrumsabgeordneten Frank und Cadan sowie des Bahnverwalters Ruppert zu einem Monat Gefängnis. Auer hatte den drei Beamten in einer Eisenbahnerversammlung vorgeworfen, sie hätten ihr Amt zugunsten

einer der Zentrumspartei nahestehenden Bauzogenenschaft mißbraucht und diesen Vorwurf vor Gericht auch erwiesen. Trotzdem wurde er verurteilt.

Sozialdemokratische Präsidenten. Der Landtag für das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt wählte den Genossen Winter zum Präsidenten, den Genossen Hülsmann zum Vizepräsidenten. Die bürgerlichen Abgeordneten gaben weiche Zettel ab. Bekanntlich haben in diesem Landtage unsere Genossen die Mehrheit.

Aus Westpreußen.

Den Wert der Arbeiterpresse

haben unsere Genossen im ganzen Reich erkannt. Ueberall finden Agitationen für die Arbeiterpresse statt, die von den besten Erfolgen gekrönt sind.

An manchen Orten sind auf einen Schlag Tausende von neuen Abonnenten gewonnen worden.

Die Ausbreitung unserer Presse ist das sicherste Fundament für den Sieg bei allen künftigen Kämpfen. Sturmfehle Grundlage unserer Sache auch in Westpreußen zu schaffen, muß unser aller Bestreben sein. Deshalb sei jeder Mitstreiter in der modernen Arbeiterbewegung andauernd tätig zur

Abonnentengewinnung für die Volkswacht.

Danzig.

Etwas vom Zeitungslesen.

Wie werden Zeitungen gelesen und was wird dann aus ihnen? Schon am frühen Morgen wird die Zeitung ins Haus gebracht. Am Kaffeetisch, in der Straßenbahn, im Vorortzug — überall kann man dann fleißige Leser sehen. Das Wichtigste wird zuerst überflogen. Man informiert sich, was am Tage vorher und in der Nacht geschehen ist, man liest, was ein Abgeordneter im Parlament zu sagen für nötig befand, man liest den Hauptteil in die Tasche, um in einer freien Stunde tagsüber mit größerer Ruhe den politischen Bericht zu genießen und spart den unterhaltenden Teil für den Abend auf. Es wird wenige Menschen geben, bei denen nicht am Morgen auf dem Wege zur Arbeitsstätte ein Stück Zeitung in der Rocktasche knistert. Und ist am Abend die Zeitung ausgelesen, ja dann, — ist sie erlebte und wandert zu dem übrigen Pöbel, von dem die verschiedensten Bedürfnisse gebedt werden, und man wartet schon mit Spannung auf den folgenden Morgen und ist erdost, wenn einmal die neue Zeitung mit einiger Verspätung eintrifft. Es steht ein Stück Gleichgültigkeit vom Leser aus in der Behandlung der Zeitung, und doch verdient manche Nummer, mancher Aufsatz, manche Beschreibung ein anderes Schicksal, als im Papierkorb zu verschwinden oder beim Fleischer als Einwickelpapier zu enden.

Es gibt nicht wenige, die sagen, unsere Zeitungen machen die Menschen denkfaul. Dem Leser wird alles so mundgerecht vorgelegt, daß er nicht einmal zu fauen, sondern nur zu schlafen braucht. Nicht nur von Tatsachen und Ereignissen berichtet die Zeitung, sondern überall schließen sich gleich ausführliche Besprechungen, Vergleichen, historische Notizen und Abrisse, statistische Angaben, Situationspläne, Bilder und noch manches andere an. Alle Gebiete unseres tausendfältig verzweigten Lebens spiegeln sich in der Zeitung wieder. Eine schier unübersehbar Fülle von Nachrichten aus Politik, Verkehr, Handel, Gewerbe, Technik, Kunst, Literatur und Wissenschaft laufen täglich in der Redaktion zusammen, alle Nachrichten müssen gesichtet, bearbeitet, mit Erklärungen versehen werden und es mag manchem als ein Rätsel erscheinen, wie es überhaupt möglich ist, bei der kurzen Zeit alles so sauber geordnet in die Zeitung zusammenzufassen. Wenn diese schwere Tages- und Nacharbeit nur Denkfaulheit beim Leser erzeugt hätte, dann müßte es den Redaktoren weh ums Herz werden, ob solchem Lohn für ihre Mühe. Aber glücklicherweise ist dem nicht so. Was die Zeitung an Aufklärungsarbeit geleistet hat, kann nicht leicht zu hoch eingeschätzt werden. Und doch kann die tägliche Zeitungslektüre eine noch höhere Bedeutung, besonders für die gesamte Volksbildung bekommen — wenn der Leser die Zeitung richtig liest und verwertet.

Die Zeitung ist für weite Volksteile die einzige Quelle geistiger Nahrung. Gewiß gibt es auf allen Gebieten gute und billige Bücher und Broschüren, aber die mannigfaltigen Umstände können doch zuweilen vom Kauf abhalten. Auch ist es nicht jedermanns Sache, nach des Tages Arbeit und Anstrengung noch Bücher zu lesen. Eine Zeitung hält sich aber fast jeder, und es kommt darauf an, das in der Zeitung Gebotene nicht vom engen Gesichtspunkte der Nachrichtenübermittlung aus zu betrachten, sondern es als eine unerschöpfliche Quelle für die Vertiefung und Erweiterung der Gesamtbildung anzusehen. Der fleißige Leser hält sich wohl „auf dem Laufenden“, wie man zu sagen pflegt, aber diese Eindrücke hatten nur kurze Zeit, schon nach wenigen Tagen sind sie verschwunden und bald sind sie oftmals vergessen. Einen bildhaften Wert hatten sie nicht. Aber es bedarf nur geringer Mühe, um Werte zu schaffen. Man lese die Zeitung und habe einen Atlas daneben. Fast täglich liest man neue Ortsnamen, man liest von Reisen eines Schiffes, von einer Expedition, von Kriegen, von einem Ueberlandflug. Dabei ist ein Blick in den Atlas von unschätzbarem Nutzen. Man liest die Orte auf der Karte und messe Entfernungen in der Heimat an möglichst bekannten Strecken ab, die man selbst durchfahren oder durchwandert hat. Das schafft Inhalt und klares Verständnis. Wir kennen eine Sache nicht, wenn wir sie nur lesen, sondern wenn wir sie uns so greifbar und anschaulich wie möglich vorgestellt haben. Je mehr wir die engere und weitere Heimat zum Vergleich heranziehen, um so klarer werden unsere Anschauungen. Wir gewinnen so Maßstäbe zum Vergleiche. Nicht leere Namen drücken den Bedacht ein, sondern mit Tatsachen verknüpfte und inhaltsreiche Namen.

Wenn nur jede Woche hierzu eine Stunde benützt wird, so macht das im Jahr 52 geographische Ausflüge — gewiß ein nicht zu unterschätzender Beitrag für unsere Allgemeinbildung. Uniere Kenntnisse werden nicht erhalten und aufgefrischt, sondern vor allem in lebensfrischer Weise erweitert und vertieft.

Dazu finden wir in der Zeitung oft Reiseberichte, Aufsätze aus Technik, Naturwissenschaften, Pädagogik — kurz aus allen Gebieten. Solche Artikel stammen fast immer aus der Feder gründlich unterrichteter. Verdienen sie nach dem Durchlesen achtlos beiseite geworfen zu werden? Keinesfalls. Und welch geringer Mühe bedarf es, um solche Schätze fruchtbar zu machen. Schere und Leim-

topf hat ein jeder. Nun lege man ein Heft in folgender Weise an: Die ausgeklümmelten Berichte ließe man auf die rechte Seite ein, während die linke frei bleibt. Hierhin kommen Kartenstiche, Bilder, Ergänzungen, statistische Angaben und ähnliches mehr. Diese geringe Arbeit, die wenige Minuten beansprucht, trägt reichen Lohn. Auf die einfachste Weise hat man so binnen Jahresfrist eine reiche Sammlung wertvoller und gediegener Aufsätze. Nun kann man in freien Stunden diesen und jenen Artikel im Zusammenhang noch einmal lesen, und man nimmt davon immer wieder neue Anregungen mit. Die Auswahl der Aufsätze wird jeder nach seiner Meinung treffen. Die Kunst besteht vor allem darin, Wesentliches von Unwesentlichem zu trennen, bleibende Werte zu erkennen. Das erfordert auch Nachdenken und Urteil, und gerade diese kleine eigene Arbeit macht ein solches Sammelleist wertvoll. Und vielleicht kann auch am Jahresschluß beim Durchblättern der Sammlung noch manche brauchbare Anregung in die Redaktion fliegen. Auf allen Gebieten kann man ein solches Verfahren anwenden, auf jedem wird es sich lohnen. Ein bekannter Schulförderer hat einmal gesagt, man könne den ganzen Unterricht von der untersten bis zur obersten Klasse im Anschluß an die Zeitung durchführen. Das weist auf die Vielseitigkeit unserer Zeitungen hin. Am Leser aber liegt es, die vielen Anregungen der Zeitung in lebendige Kraft umzusetzen. Darin besteht neben dem politischen Einschlag und der Nachrichtenübermittlung ein Hauptwert der Zeitung — und diese wichtige Stelle wird vielleicht noch nicht gebührend gewürdigt. Wird die vorgelegte Kost nicht nur hinuntergeschluckt, sondern auch verdaut — und das geschieht, indem ein wenig eigene Arbeit geleistet wird, wie es angedeutet wurde — dann wird das Zeitungslesen eine unerschöpfliche Quelle für die Vertiefung und Erweiterung unserer Allgemeinbildung.

Zwei Sorten „Lumpen“. In den Danziger Neuesten Nachrichten finden wir eine Zuschrift, die nach Meinung ihres Verfassers und auch nach Ansicht des Redakteurs der Neuesten geistreich sein soll. So wenig das auch zutrifft, für die Lebensauffassung bürgerlicher Kreise ist das schriftstellerische Produkt des Langfuhrer Studenten bezeichnend. Und darum geben wir es ungekürzt wieder:

Danzig-Langfuhr, am Aschermittwoch.

Wieder Zeitungsmann!

Es fällt mir zwar heute bei meinem Brammshädel schwer, einige Gedanken aufs Papier zu bringen, aber ich will's versuchen. Nach deiner Ansicht sind also die Danziger Bi. ger mit uns Studenten zufrieden. Wir sollen „Leben in die F. de.“ gebracht haben. Na schön! Mag sein! Aber zur besseren A. teilung des Verhältnisses zwischen den ehrsamem Bürgern unjer. : Miesstadt und uns Bürgern der alma mater will ich mich versuchen, die Dan. : ger zu schildern, wie sie uns beim Karneval begnnet sind. „Kunächst der Wirt. Prächig ist er. Der hol's raus! Woll ist das Lokal! Aber ein paar lustige Student. : n, auch wenn ihr Äuheres nicht das mindeste von akademischer Bildung verraten läßt, werden doch hereingelassen. Sie machen Betrieb und entwickeln dementsprechenden Durst. So muß er bleiben! Der Vater! Seiner Wohlbeleibtheit entspricht auch die Dicke seiner Zigarrentasche, die er bereitwillig jedem „Lumpen“ öffnet. Nicht einmal ein böses Gesicht macht er, wenn man ihm zwei Ganze hintereinander austrinkt. Darin ist er sogar dem Münchener voraus, der einen sicher halb tot schlagen würde, wenn man nur seine „Maß“ anfassen wollte. Von dieser Sorte „Väter“ können nie genug dasein! — Die Mutter! Sie war zwar wenig vertreten, doch wo sie sich zeigte, hatte sie auch genug Einsicht oder besser Blindheit mitgebracht, um die kleinen Angriffe auf die hübsche Tochter nicht zu bemerken. Zum nächsten Karneval kann sie sich noch eine undurchsichtige Brille aufsetzen! — Die Mädchen! Na, das ist so'n Sache, ob man darüber schreiben soll. Die Klappe halten, ist besser!

Doch jetzt kommt's: Der Schutzmann! Es ist doch merkwürdig, daß zwischen den Langfuhrer und den Danziger Vertreter dieser Gattung vor Beamten ein Unterschied besteht. In Langfuhr kann man, wenigstens am Sonnabend nach der Kneipe, seinem Übermut wenigstens etwas Luft machen. Aber in Danzig! Wenn man sich im Kostüm auf die Straße wagt, heißt es: „Sie sind nicht vorchriftsmäßig gekleidet!“ „Wie heißen Sie?“ usw. Das sind ja bekannte Fragen. Eine Kleidervorschrift gibt es wohl für den Schutzmann, aber doch nicht für den Studenten, zumal beim Karneval! Selbst den wohlthätigen Zweck einer Studentenkarte können die Augen des Gehezes nicht einsehen. Oder lag es an der Echtheit meines Lumpenkostüms? Ich glaube, es wäre gut, wenn an der Hochschule ein Kolleg: „Wie benehme ich mich dem Schutzmann gegenüber?“ gelesen würde. — Noch nie dagewesener Andrang garantiert!

Dein „Akademisch gebildeter Lump“.

Und während der „Akademisch gebildete Lump“ im durchwärmten erleuchteten Lokal dickleibigen Vätern die Zigarrentasche leert, das Bier wegtrinkt und nebenher die Tochter karrefiziert, schleicht eine andere Sorte „Lumpen“ durch die Gassen, hungrig und frierend. Diese „Lumpen“ sind nicht übermütig. Bei ihnen ist der Schutzmann auch nicht über die Echtheit des Kostüms im Zweifel. Trocken erzählt der Polizeibericht:

Verhaftet 4 Personen, darunter 1 Person wegen Verdacht des Diebstahls, 1 Person wegen Betruges, 1 Person wegen Bettelns. Obdachlos 4 Personen . . .

Leicht möglich, daß beide „Lumpen“, der imitierte im Cafe und der „wirkliche“ Lump auf der Straße Brüder sind. Den einen zeugte der Vater mit einer „Dirne“, den andern im legitimen Ehebett. Den Weg des einen kränzten Rosen, der andere verendet auf dem Müllhaufen . . .

Unterianenschmerzen. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung schreibt:

In dem in Oesterreich weitverbreiteten Neuen Wiener Journal, das von dem Hamburger Pippowitz gegründet und geleitet wird, ist ein Bericht über das Verhalten des Kronprinzen im Ober-Engadin enthalten, den wir hier nur deshalb erwähnen, weil wir hoffen, daß bald ein amtliches Dementi erfolgt, welches die Behauptungen des Wiener Blattes als unwahr stempelt. Denn es muß im Ausland einen ungünstigen Eindruck machen, wenn unwillkürlich durch die Welt gehen kann, daß sich der Kronprinz in der Schweiz nahezu ausschließlich der englischen Sprache bedient, die deutsche Reichsdeutsch selbst die aristokratische, vollständig ignoriert und ja; selbständig die englische und die amerikanische bevorzugt, sich auch in prozontiert englischem Geschmack kleidet.“

Der Schmerz der Patrioten läßt sich ermaßen. Ob der Kronprinz sich herablassen wird, ihnen ein Beruhigungspulver zu verabreichen?

Sprechstunden des M. d. R. Die früheren guten Zeiten, in denen ein Reichstagsabgeordneter den Wählern vier Wochen vor der Wahl ein wenig um den Bart ging und dann fünf Jahre den Herrgott einen guten Mann sein ließ, sind auf immerwiederkehr verschwunden. Heut muß der Kandidat von Dorf zu Dorf pilgern und in der Großstadt von Straße zu Straße. Wer sicher gehen will, baut heizeten vor. So auch der „liberale“ Vertreter Danzigs, der Sonnabend und Sonntag im Reichshof Sprechstunden abhielt, für alle, die ihn sehen wollten. Wie man uns berichtet, soll der Andrang so stark gewesen sein, daß die Polizeibehörde mehrere Schykleute vor dem Hotel postierte, um den Verkehr auch nur einigermaßen aufrecht zu erhalten. Die Schweger Freikonservativen sandten eine Deputation, um Herrn Weinhausen und seinen Parteifreunden ihren Dank für die geleistete Wahlhilfe auszusprechen. Weinhausens Stern strahlt.

Das Gesehungshelm der Landesversicherungsanstalt Westpreußen in Delantzen war einige Zeit geschlossen, da in ihm Umbauten erfolgten. Nach deren Beendigung ist nunmehr der Betrieb wieder eröffnet. In der Anstalt finden nur Frauen Aufnahme. Erkrankte Personen, die mindestens 200 Beitragsmarken geleistet haben, können auf Kosten der Invalidenversicherung aufgenommen werden. Anträge sind dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt, Danzig, Karrenwall 2, zu übermitteln.

Eine „Gründung“. In das Betriebe kapitalistischer Unternehmungen leuchtet der Konkurs der Ostdeutschen Beton-Gesellschaft m. b. H. hinein. Diese Gesellschaft ist zur Ausführung von Betonarbeiten mit einem Kapital von 20.000 Mark gegründet. 18.000 Mark zeichnete die Firma Janzen in Elbing, 2000 Mark der Geschäftsführer Regierungsbaumeister Kirn. Wirklich eingezahlt sind von der Firma Janzen 1000 und von dem Herrn Regierungsbaumeister 720 Mark. Mit noch nicht mal 1000 Mark hat die Gesellschaft ihren Betrieb begonnen. Als ein paar Schuldner nicht bezahlten und die Firma Janzen das von ihr gezeichnete Kapital nicht einzahlen konnte oder wollte, kam die Pleite. Obwohl die Gesellschaft nur wenige Monate „gebaut“ hat, verlieren die Gläubiger über 20.000 Mark.

Bourgeoisrajen. Dem Danziger Bürgertum wässert der Mund nach einem zweiten Blumentag. Und da sind die Herrschaften übereingekommen, am 20. Juni einen Rosentag zu veranstalten. Die ganze Aktion soll der „Kinderhilfe“ und der „Jugendfürsorge“ dienen. Ein solches Vorgehen ist natürlich nichts als ein für zu kräftig gehaltenes Reklameschild. Die Arbeiterklasse steht dem Blumentrummel mit der gleichen kühlen Ablehnung wie im Vorjahre gegenüber. Die tausendfältige Not der proletarischen Kinder als Amüsament Gelegenheit zu benutzen, hält man in unseren Kreisen für trivial. Das wird die Arbeiterklasse in noch ungewohnter Weise als im Vorjahre zum Ausdruck bringen.

Warnung. Wir machen unsere Leser ganz besonders darauf aufmerksam, wenn sie irgendwelche Sachen auf Abzahlung kaufen, Bücher und dergleichen auf Lieferung bestellen, Versicherungsverträge eingehen usw., daß sie die Kontrakte vor der Unterschrift erst einige Male genau durchlesen und sich reißlich vor der Unterschrift überlegen, ob sie sich nicht dadurch der Gnade oder Ungnade des andern Kontrahenten bedingungslos überliefern. Wer sich über die Tragweite der Kontraktparagraphen nicht völlig klar ist, der ziehe vor der Unterschrift lieber erst Erkundigungen ein. Besonders zu beachten ist bei Abschlüssen solcher Geschäfte, daß mündliche Abmachungen neben den schriftlichen nicht den geringsten Wert haben. Auch darauf wollen wir noch besonders hinweisen, daß man von Kontrakten — ganz gleich, ob sie mündlich oder schriftlich abgeschlossen sind — nicht einmal nach einer Minute, viel weniger nach noch 24 Stunden, wie vielfach angenommen wird, einfach zurücktreten kann.

Der Herr im Hause. Der Direktor des Stadttheaters kündigte sämtlichen Mitarbeitern, weil sie sich einer neuen Hausordnung nicht fügen wollten. Einige der Gemeindeglieder sind bereits seit 20 Jahren in ihrer Stellung tätig.

Das lockere liegende Messer hat wieder mehrere Arbeiterfamilien ins Unglück geführt. In Langfuhr kam es zu einem Streit zwischen zwei Arbeitern, wobei der eine seinem Gegner einen linken Messerschnitt in die Schulter verriem. — In einem Pöbel in Nischendorf brach er verurteilter Mörder dem Richter Richter aus Schindig mehrere Messerstücke ins Gesicht.

bei. Die Verletzungen waren in diesem Falle so schlimm, daß der Bestohlene ins Krankenhaus überführt werden mußte.

Ein Großfeuer rief am vorgestrigen Sonntag die Feuerwehr nach dem Marienkrankenhaus. Dort war im Dachgeschoß des vor zehn Jahren neu angebaute Gebäudes ein Feuer ausgebrochen, das erst in den späten Abendstunden erlosch wurde. — Die Rettung der Kranken gelang in glücklicher Weise. Dagegen nahm der Brand eine außerordentliche Ausdehnung, so daß die Feuerwehr bis tief in die Nacht beschäftigt war. Der Giebel des neuen Gebäudes ist vollständig zerstört. Der Fahrstuhl vernichtet. Vernichtet ist u. a. auch das Zimmer mit den Röntgenapparaten. Eine Menge anderer wertvoller Utensilien und Apparate ist stark beschädigt. Die weithin sichtbare Höhe kostete eine große Menschenmenge nach der Brandstelle. Die Weidengasse bot daher in diesen Stunden ein sehr belebtes Bild. Die Ursache der Feuerbrunst ist bisher nicht festgestellt.

Strahnenunfälle. Der Invalide Bentler glitt auf der Straße aus und brach, einen Unterarm ab. Das gleiche passierte einer Frau aus Schiditz.

Ein flehentlich verfolgter Maler wurde von der Polizei verhaftet.

Berichtliches.

Prozess gegen eine Schwindelkassette.

Trotz aller Warnungen in der Presse gibt es leider immer noch viele Leute, die den Kassen- und Schwindelkassettenspielen ein angenehmes Leben auf Kosten anderer ermöglichen. Da möge der folgende Prozess eine Lehre sein. Vor dem Steintiner Schöffengericht hatte sich der „Hilfskassette Deutschland“, D. Ballant, zu verantworten. B., der wegen Betruges schon vorbestraft ist, hat die Mitglieder der von ihm ins Leben gerufenen Kasse in unerhörter Weise gerufen. Er versandte von Steintin aus pompöse Prospekte, in denen die Kasse als „allgemeiner Kranken- und Unterstützungsverein für ganz Deutschland“ bezeichnet wurde. Insbesondere sollte sie „eine Kasse in der sozialen Fürsorge für die Beamten ausfüllen“. Ein Garantiefond von 75.000 Mark wurde vorgeschwindelt, der allerdings gezeichnet war, aber von drei Personen, die selbst ohne Vermittlung waren. (!) Agenturen wurden überall eingerichtet, und bald gingen auch nicht wenig Mitgliederbeiträge ein. Die Kasse für sich verwendete.

Im ganzen ließen etwa 25.000 Mark ein, die zum allergrößten Teil, wie sich aus den Büchern ergab, für „Verwaltungszwecke“ drückten. In wie unverantwortlicher Weise gewirtschaftet wurde, geht mit aller Deutlichkeit aus der Urteilsbegründung hervor. Darin wird ausgeführt, daß der Angeklagte sein Unternehmen von Anfang an auf eine unerschöpfliche Grundlage gestellt und die Absicht gehabt habe, sich auf Kosten der Mitglieder der Kasse zu bereichern. In dieser Absicht mußte das Gericht kommen, weil der Angeklagte versucht hat, das Vermögen des Hausbesitzers Sellin zu schädigen. Er ließ Sellin einen Garantieschein über 25.000 Mark unterschreiben, den er aber persönlich in seine Hände zu bekommen versucht hatte. Für das Gericht unterliegt es keinem Zweifel, daß er den Scheck mißbraucht hätte, wenn er ihn in Besitz bekommen hätte. Ballant hat ferner die Agenten und weiterhin die Mitglieder geblödet, die glaubten, daß der Garantiefonds vorhanden sei. Er hat dann den Kniff angewandt, auf die Prospekte einen Adler und den Slogan: „Genehmigt durch Reichsgesetz vom 7. April 1876 und 1. Juni 1884“ drucken und die Mitgliederzahl mit 45.000 beginnen zu lassen. Zeugnend ist ferner, daß von sämtlichen Mitgliedern nicht ein einziges einen Pfennig erhalten hat. Das ist eine ganz unverantwortliche und gewissenlose Handlungsweise. Bei der Abmahlung der Strafe ist der Ge-

richtshof davon ausgegangen, daß es sich um einen unerhörten Schwindel handelt und daß der Angeklagte eine Reihe von Leuten unter dem Deckmantel eines Wohlwäters betrogen hat.

Das Urteil lautete auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Ein Diener des Herrn.

Der Benefiziat Alois Höhenberger in Pöhl bei Apling, freireligiöser Pfarrer von Brud bei Graßing, wurde unter dem Verdacht, den Maurer Gitterer zum Weineid angestiftet zu haben, in München verhaftet. Höhenberger war in einen Zivilprozess mit seinem Nachfolger in Brud verwickelt. Der Maurer Gitterer wurde in diesem Prozesse unter Eid als Zeuge vernommen. Da sich der dringende Verdacht ergab, daß Höhenberger den Maurer Gitterer zum Weineid angestiftet habe, erließ der Untersuchungsrichter des Landgerichts München 2 gegen beide Haftbefehle. Im Jahre 1909 erzählte man sich in Brud, Höhenberger sei der Vater von zwei Kindern, die eine im Pfarrhof zu Brud beschäftigt gewesene Magd geboren habe. Die Magd selbst bestätigte dies und erklärte, Höhenberger habe ihr für beide Kinder eine Abfindungssumme gegeben. Pfarrer Höhenberger bestritt die Waterschaft. Er gab zu, mit der Magd intim verkehrt zu haben, jedoch nicht in der einrechnungsfähigen Zeit. Geld habe er der Magd nur gegeben, um Ruhe zu bekommen. Die Nachkommenschaft des katholischen Geistlichen bildete aber in Brud ein beliebtes Gesprächsthema. Höhenberger, der inzwischen auf die Bruder Pfarrei verzichtet hatte, stellte nun gegen etwa zwanzig Brüder Bauern eine Massenbeleidigungsklage, die vor dem Schöffengericht Ebersberg hätte zum Austrag kommen sollen. Am Tage der Hauptverhandlung erschienen auch die verklagten Bauern und zahlreiche Zeugen, darunter viele Frauen. Diese hätten vor Gericht erhärtet, daß Höhenberger den Frauen gegenüber gerne zotenhafte Witze derbster Sorte machte. Allein Höhenberger erschien nicht, er hatte im letzten Augenblick die Verteidigungsklage zurückgezogen. Alle diese Vorgänge veranlaßten das Ordinariat nicht, gegen Höhenberger einzuschreiten, es ließ ihn ruhig seine priesterlichen Funktionen ausüben.

Bewerkschaftsbewegung.

Die Gemeingefährlichkeit der Streikbrecher.

In der Steinmühle in Wiesbaden (Inhaber Fried), wo sich die Mühlenarbeiter im Kampf befinden, sind die Streikbrecher vom Unternehmer mit sieben Revolvern ausgerüstet, die sie beim Wechsel der Schicht gegenseitig auswechseln. Vor einigen Tagen wurde einer der Streikenden von den Streikbrechern überfallen und mißhandelt, und als er flüchtete, schossen sie noch ihm auf offener Straße. Zwei Tage später wurde ein Streikposten von zwei Streikbrechern mit Schenkelkugeln geschlagen und gleichzeitig drohten sie, daß „die andern auch noch drantommen“. Durch diese Vorfälle veranlaßt, wurde der Streikposten vor der Mühle abends auf vier Mann verstärkt. Als die Streikbrecher abends 5.30 Uhr zur Arbeit gingen, ein Trupp von acht Mann, kamen die beiden vorderen sofort auf die Streikenden los und schossen ihre Revolver auf sie ab. (!) Einer der Streikenden wurde durch einen Streikschuß am Kopf verletzt. Daß die Streikposten dazu keine Veranlassung gaben, wird von einer ganzen Anzahl unparteiischer Zeugen bestätigt. Ein Schutzmann, der in diesem Augenblick auf dem Wege zwischen dem Streikposten und der Mühle war, lehrte um, als die Schießerei der Streikbrecher losging und fünfzig zerte drei Revolver der Streikbrecher. Er mußte gegen die Gesellschaft erst blank ziehen.

So wird die Hingegarde immer gemeingefährlicher, und für diese dem Staate nützlichen Elemente verlangen die Scharfmacher aber größeren gesetzlichen Schutz.

Am Freitag, den 1. März 1912 findet abends 8 Uhr in der Maurerherberge eine

Frauen-Mitglieder-Berammlung
des Sozialdemokratischen Vereins
Danzig-Stadt

Tagesordnung:
1. Was haben die Frauen vom Reichstage zu erwarten?
Ref.: Genosse Schnell.
2. Verschiedenes.
Vollzähliges Erscheinen erwünscht.
Die Einberuferin.

Karl Klein
Schuhmacher 1885
Drehergasse Nr. 21.
M. Fröhke
Friseur
Mattenbuden 29.
Sprechapparat, 50 Platten,
100 Mk. z. verk. Off. A 1 Exp. Bl.
Carl Steinhilber
Eisenwaren
Eisernen Gefäße
Emaillierte Schilder.

Max Krause, Danzig.
Zigarren-Versandhaus vis a vis Hauptbahnhof.
Filiale Rammbau 13
empfiehlt seine hervorragende
Spezialmarken
Probieren Sie „Götze“, eine sehr feine milde 7 Pfg.-Zigarre,
6 Stück 40 Pfg. 1739

Habe mich hier als Vertreter der
Homöopathie, Naturheilkunde
niedergelassen.
G. Fischer, Elbing
Langjährige Praxis. Fischertor. Viele Dankschreiben.
Sprechstunden: Morg. 8-11, nachm. 2-5, Sonn. 8-12 Uhr.

Bei Verstopfung, Hämorrhoiden, zur
Blutreinigung
Hausmittel „Bennopillen“
Nur 1 Mark in der Apotheke Max Reichert Markt in Elbing.
Zusammenhang: Elbing, Rammbau 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Hierzu 1 Beilage.

Kredit!

1870

N. Pindo Nachflg. **M. GRAU** Danzig, Holzmarkt 4
Ganzes Haus Fahrstuhl durch alle Etagen.

Möbel

Kompl. Wohnungseinrichtungen 175.- bis 450.-
Schlafzimmer, ... 350.-
Abzahlung bestimmt der Käufer

Sofa ... 42.-	Trumabau ... 45.-
Bettstelle ... 26.-	Chaiselongue ... 26.-
m. Matratze ... 35.-	Spiegel ... 20.-
Vertiko ... 32.-	m. Konsol ... 20.-
Küchen- ... 25.-	Bambur. Sofa ... 115.-

Schicke Damen-Garderoben nur Neuheiten der Saison
Bacromete Zahlungsweise

Jeder Käufer erhält ein Geschenk.

Jedes Brautpaar kauft seine Wohnungseinrichtung nur bei Grau.

Grösste Auswahl Kredit nach auswärts. Lieferung ins Haus.

Aus Westpreuzen.

Elbing.

Elbing-Marienburg ist im Reichstage so gut wie nicht vertreten. Darauf läuft die ganze „vaterländische“ Tragik hinaus. Von Herrn Schröder ist nämlich wieder neues und nichts Gutes zu berichten. Wir teilten kürzlich mit, daß Schröder Mitglied der Reichspartei geworden sei, wobei wir uns auf bestimmte Berichte verließen. Nun stellt sich heraus, daß der „vaterländische“ Abgeordnete zwar ein Besuch um Anschluß an die Reichspartei eingereicht hatte, daß aber diese Partei dem Herrn Schröder bei der Aufnahme Schwierigkeiten machte wegen der Art, wie seine Wahl zustande kam. Da blieb ihm nichts übrig, als sein Besuch zurückzuziehen. So kam Schröder um seinen Herzenswunsch, Reichsparteiler zu werden. Einstweilen läuft er als Wilder im Reichstage umher, als politische große Null. Er kann weder Anträge stellen noch sonst die kleinste positive Arbeit leisten. Dazu kommt, daß er auch rednerisch nicht begabt ist. Hätten sich die Wähler des Wahlkreises Elbing-Marienburg diesmal nicht an der Wahl beteiligt, sie wären dann genau so klug wie jetzt.

Wir machen kein Geheimnis daraus, daß wir über den Zerfall des „vaterländischen“ politischen Unternehmens reinste Schadenfreude empfinden. Was wir voraussetzten, ist eingetreten. Schröder will schamfacherische reaktionäre Interessen vertreten und befindet sich in konfessionell-großindustrieller Hörigkeit. Zu seiner Wahl bedurfte er der Arbeiterstimmen. Darum die Schrödersche Anbiederung an die Sozialdemokratie. Auf diese Weise geriet der „vaterländische“ Erkorene zwischen zwei Stühlen auf die nackte Erde.

Trotz aller bösen Erfahrungen kommen die „vaterländischen“ doch nicht zur Vernunft. Ihre Kampfesweise bleibt unehrig. Die Elbinger Neuesten Nachrichten haben wieder die Sitze, am 24. Februar 1912 die Tatsache, daß Schröder sich auf die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen verpflichtete, als — große Unwahrheit und Lüge zu bezeichnen! Wir berufen uns auf unsere wiederholten Darlegungen über die Stichwahlangelegenheit und können uns darauf beschränken, den „vaterländischen“ Ablehnungsversuch niedriger zu hängen.

Genau so erbärmlich versucht das genannte Elbinger Blatt auch das Marienburger Bestehungsmandat zu verdunkeln. Rundweg abstreiten läßt sich diese Geschichte ja nicht. Darum erklärt es, die Verleger, die an unseren Genossen herantraten, waren nicht „Leiter der Wahl“ für Schröder, sondern sie handelten auf eigene Faust! Solche Mäxchen sind nicht nur oberflächlich, sie sind direkt lächerlich.

Aber es kommt noch besser! Die Neuesten Nachrichten beginnen bereits damit, zu beweisen, daß Schröder in der Stichwahl gar keine sozialdemokratische Stimmen bekommen hat! Die Zeitung schreibt wörtlich:

Den Zuwachs von 7000 Stimmen in der Stichwahl verdankt Herr Schröder, wie leicht nachweisbar, zum Teil bürgerlichen Wählern, die erst durch den Ausfall der Hauptwahl munter geworden waren, und, zum allerdings weitaus größeren Teil (etwa 5000), der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft.

Kennien wir die „vaterländischen“ Bepflogenenheiten nicht genügend, wir wären ob dieser Leistung einfach starr! Noch ist in aller Gedächtnis, wie die „vaterländischen“ die Sozialdemokratie umschmeichelten, wie verlogene Nachrichten verbreitet wurden und leider bei den nichtorganisierten Sozialdemokraten mit Erfolg. Kaum hat nun Schröder sein Mandat in der Tasche, da suchen seine Gönner, die sozialdemokratischen Rausreißer als verächtliche Überläufer, als Stimmvieh, das seine Pflicht getan, abzuschütteln. Und alles nur zu dem Zweck, damit Schröder vielleicht doch noch festes Mitglied einer blauschwarzen Partei werden kann. Hoffentlich teilt er seinen Wählern mit, ob und bei welcher Fraktion er jetzt sein Besuch um Aufnahme eingereicht hat, damit sie endlich wissen, was aus ihrem Abgeordneten eigentlich geworden ist. Für uns ist Schröder erledigt! Jene Taktiker und praktischen Politiker, die uns den „vaterländischen“ Kandidaten mit Engelszungen als „kleineres Übel“ schilderten, stehen nach einem Monat schon als die Geprellten da. Recht behielten diejenigen, die ohne Schwanken auf dem Wege der grundsätzlichen politischen Betätigung verharrten. Mit den „vaterländischen“ kann es für Sozialdemokraten niemals ein Zusammenarbeiten geben! Krieg bis zur Vernichtung! Das ist das einzig Richtige.

Lohnbewegung bei Schichau. Die christlichen Gewerkschaften beschloßen in einer Betriebsversammlung der Schichauarbeiter, in eine Lohnbewegung einzutreten.

Pferdediebstahl will die Behörde in Pärchwalde auf die Spur gekommen sein. Die Gendarmen von Pangritz beschlagnahmten dort vier angeblich gestohlene Pferde, drei Wagen und einige Kisten mit Handwerkszeug.

Danzig-Land.

Eine Kanonade des Herrn Hantwisch.

Der Herr Pfarrer Hantwisch feuert in dem Gemeindefläschen für die Danziger Niederung hartnäckig aus seinem schwersten Geschütz gegen die „atheistische, das heißt gottlose und gewissenlose“ Sozialdemokratie. Da müssen wir uns schon mal wieder melden, sonst denkt der freitbare Gottesmann, inmitten des dichten Nebels, den seine Kanonade verurteilt, er hätte uns mauletot gedunkert.

Nach dem Herrn Pfarrer ist also die Sozialdemokratie „gottlos und gewissenlos“. Wie das verstanden werden soll, erläutert Herr Hantwisch wörtlich so:

„Was das nun bedeutet? Nicht etwa, daß nun alle Sozialdemokraten in meinen Augen gottlos und gewissenlose Menschen wären. Sie sind, wie ich schon sagte, größtenteils besser als die Grundsätze ihrer Partei, indem sie die christliche Erziehung nicht einfach mit dem Anschluß an die Partei losgerissen sind, wie man ein schmutziges Hemd auszieht. Andererseits sind wir Christen schlechter als die Grundsätze, auf denen wir stehen, und empfinden es, wenn wir nicht gedankenlos dahinkleben, mit diesem Schmerz, wieviel noch dazu fehlt, daß wir werden, was wir sein sollen.“

Die Sozialdemokraten sind besser als die Grundsätze ihrer Partei? Und das, weil sie auch als Sozialdemokraten ihre christliche Erziehung nicht verleugnen? Die sich aber Christen nennen, sind schlechter als die Grundsätze des Christentums? Damit urteilt der Herr Pfarrer über die Christen schärfer und härter, als wir es je vermöchten. Er selbst sagt, gute oder bessere Menschen gehen zur Sozialdemokratie und wer Christ bleibt, lebt als schlechter Mensch so dahin, daß Denker tiefer Schmerz darüber empfinden.

Wir sind bescheiden genug, zu bemerken, daß die Grundsätze unserer Partei durchaus nicht schlechter sind als die Sozialdemokraten. Wir müssen sogar eingestehen, es ist gerade diese Grund-

sätze sind, die „bessere“ Menschen schaffen. Jedes ernste Mitglied der modernen Arbeiterbewegung wird dem Herrn Hantwisch freudig bestätigen, daß es gerade durch den Sozialismus ein besserer Mensch mit edlen hohen und schönen Zielen wurde, dessen Leben durch den Klassenkampf erst reichen Inhalt erhielt. Wenn der Herr Pfarrer das alles von seinem Christentum nicht sagen kann, so unterwerfen wir uns willig seiner Sachkenntnis. Würde er über die Grundsätze unserer Partei unterrichtet sein — seine Artikel verraten deutlich, daß das nicht der Fall ist — er urteilte als ehrlicher Mann sicher ebenso lobend über unsere Partei, wie jetzt über deren Mitglieder.

Weil dem Herrn Hantwisch die Grundsätze der Sozialdemokratie völlig fremd sind, darum kommt er auch zu der merkwürdigen Forderung, die Volkswacht soll den Nachweis darüber, daß „Sozialdemokratie und christliche Weltanschauung nicht in Widerspruch zueinander stehen“, führen, indem sie folgendes Glaubensbekenntnis ablegt:

„Ja, wir stehen auf dem Grunde des Glaubens an den lebendigen Gott, der Himmel und Erde geschaffen hat und erhält mit seinem allmächtigen Wort!“

Ja, wir erkennen die zehn Gebote als die grundlegenden sittlichen Forderungen an!

Ja, wir bekennen Jesum, den Gekreuzigten und Auf-erstandenen, als unseren Herrn, dem alle Gewalt im Himmel und auf Erden gegeben ist!“

Die Fragestellung ist verkehrt, Herr Pfarrer. Die Volkswacht, als offizielles Organ der Sozialdemokratie, kann nicht auf irgend ein christliches Bekenntnis schwören. Die Sozialdemokratie steht allen Religionen neutral gegenüber. Sie will weder Verbesserungen im Himmel durchsehen, noch dem lieben Herrgott über sein Regiment Vorschriften machen. Die Sozialdemokratie kämpft in der irdischen Welt gegen die Volkserbender und Arbeiterfresser, gegen die Scheinheiligen reichen Pfaffen und heuchlerischen Heiler, die das Christentum mißbrauchen und schänden, um sich gewissenslos zu bereichern und den Armen desto mehr Mark und Blut aus den gequälten Körpern zu pressen!

Würde Herr Hantwisch seine Forderung einzeln den Sozialdemokraten unterbreiten, er fände sicher solche, die seinen Wunsch befriedigten und andere, die ihn ablehnten. Es ist eben Wirklichkeit, daß in der Sozialdemokratie Gottesgläubige neben Atheisten feierlich zusammen arbeiten. Damit gehen unsere Anhänger das Gebot der Nächstenliebe, die Solidarität, in die Tat um, wie es die Welt grandioser nie erlebte. Die Sozialdemokraten beschämen damit ferner jene Christen, die sich in zahllose Lager teilt, in Katholiken, Protestanten, Reformierte, Baptisten usw., gegenseitig recht unchristlich in den Haaren liegen. Jede Gruppe erklärt feierlich, sie allein vertrete den e i n i g e n G l a u b e n. Die frommen Eiferer machen ihrem Gott das Leben recht schwer, weil er nicht weiß, wem er Hilfe geben soll.

Unser Pfarrer hätte also alle Hände voll zu tun, wollte er sich mal erst um das Seelenheil der vielen, vielen christlichen Streit-hammel und Irrenden kümmern.

Und dann, Herr Hantwisch, studieren Sie bitte die sozialdemokratischen Grundsätze. Das kann man von einem gebildeten Menschen verlangen, der über unsere Bestrebungen nicht nur schreiben, sondern sogar urteilen will. In der Volkswachtbuchhandlung bekommen Sie alles, was Sie brauchen. Trauen Sie nicht dem Reichsverband, der Ihnen auf Verlangen sicher auch Material über die Sozialdemokratie liefert. Glauben Sie uns, mit diesem Material blamiert man sich bloß.

Marienwerder.

Von der Armeleutenschule. Marienwerderer Schulzustände kamen in der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Sprache. Der Rektor Fischer hat in einer Petition, die Einrichtung der zum April 1913 geplanten neuen Mittelschulklasse schon am 1. April dieses Jahres vorzunehmen. Die 6. Klasse der Knabenvolksschule enthalte 83 Kinder, darunter 7 schwachsinrige. Sie könne beim besten Willen des Lehrers nicht die ihr gesteckten Ziele erreichen. Von der früheren Einrichtung der Mittelschulklasse verspricht Herr Fischer sich Abhilfe. Der Magistrat wollte im Sinne dieser rektorischen Ausführung handeln. Dagegen wandte sich ein Teil der Stadtverordneten, der mit Gut und Recht verlangte, daß nicht für Kinder einiger reicher Leute auf Kosten der Gesamtheit Sondereinrichtungen geschaffen würden. Diese vernünftige Ansicht drang indessen nicht durch und die Vorlage wurde vertagt. Der arme Lehrer mag sich also mit den 83 Kindern weiter quälen, bis die Freunde der Mittelschulklasse eine Mehrheit gewonnen haben. Wenn dann 10 oder 15 Kinder abgehen, ist ihm und den verbleibenden Profeten-jungen „geholfen“.

Graudenz.

Blödsinniger, krüppeliger Hund. Im Goldenen Löwen tagte ein Schiedsgericht der Barbierinnung. Der Barbier von Jentschkowski, Feste Courbiere wohnhaft, klagte gegen seinen entlaufenen Lehrling auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses oder Zahlung einer Entschädigung. Der Lehrling, ein sechszehnjähriger Mensch, ist mit seiner Mutter und in Begleitung einer Dame, die ihn wohl vertreten soll, erschienen. Herr v. Jentschkowski hat seine Frau mitgebracht. Diese konstatiert beim Erblicken des Lehrlings: „Er ist schon magerer geworden!“ Auf Befragen des Obermeisters gibt der Lehrling an, von Jentschkowski habe ihn mißhandelt, wenn er (der Lehrling) betrunken war. Als er den betrunkenen Meister aus der Kantine holen mußte, sei er von ihm gewürgt worden. Einer der Schiedsrichter fragt den jungen Menschen, warum er sich nicht ein ärztliches Attest besorgt habe. Der Lehrling erklärt verängstigt und zitternd, daß ihn der Meister nicht zum Arzt gehen ließ. Soweit war die Verhandlung gediehen, als der Vorsitzende, Obermeister Sommerfeld, unseren Berichterstatter mit der Erklärung aus dem Zimmer wies, die Tagung wäre nicht öffentlich.

Die Frau Meisterin bedachte den jungen Menschen mit Ausdrücken wie: „Blödsinniger Hund! krüppeliger Hund!“ Die Schlafstelle befand sich in den ersten Monaten der Lehrzeit im Keller zwischen Kohlen und Kartoffeln. Dort war auf ein paar Kisten ein Strohlack plaziert, auf dem der Lehrling schlief.

Das Urteil lautete: Entweder muß der Lehrling zurück- und lernt noch zwei Jahre oder die Mutter zahlt 300 Mark für Kost und Jahrgeld. Dies kann sie nicht und so einigen sich die Frauen, daß der junge Mensch weiter lernt. Der erklart verzweifelt, wieder auszukniffen.

Die des Mordes an ihrem Ehegatten angeklagte Besitzer-witwe Kleper wurde zum Tode verurteilt.

Thorn.

Zahlen aus dem Haushalt eines Arbeiters. Ein Leser der Volkswacht sendet uns aus Thorn Aufzeichnungen, die er

im Laufe des Vorjahres über seine Einnahmen und Ausgaben machte. Der Genosse ist Maurer. Er schreibt: Den Arbeitstag zu 10 Stunden gerechnet, besitzt ein Jahr 3650 Stunden, die für eine Beschäftigung in Frage kämen. Davon gingen ab:

Auf die Sonntage und gesetzlichen Feiertage	590 Std.
Arbeitslos	549 „
Ausgehen wegen Frost	59 „
Ausgehen wegen Lichtverkürzung	59 1/2 „
Regentage	39 „
Ausgehen an Materialmangel	20 „

Summa der verlustig gegangenen Stunden 1316 1/2 Std. Somit blieb mir eine Arbeitsgelegenheit übrig von 2333 1/2 Stunden.

Der Stundenlohn betrug für 944 1/2 Stunden 48 Pfennig = 453,36 Mark
„ 1389 „ 49 „ = 680,61 „
Summa 1133,97 Mark.

Als besondere Einnahmen hatte ich:

Akkordüberschuß	121,97 Mark
Vom Richtfeste	4,50 „
Trinkgeld	0,75 „
Der Verdienst der Frau	179,15 „
Summe der Gesamteinnahmen	1452,65 Mark

Ausgaben hatte ich folgende:

Defizit aus dem Vorjahre	12,68 Mark
Für Nahrung	649,95 „
„ Kleidung (Kinder allein 86,47 Mark)	323,48 „
„ Beleuchtung	16,19 „
„ Brennmaterial	55,55 „
„ Reinigung	17,19 „
„ Bildung, Wissenschaft und Vergnügen	27,10 „
„ Beiträge und Versicherung	141,27 „
„ Wohnungsmiete	150,00 „
„ Schule und Kinder	9,35 „
„ Apotheke und Arzt	13,33 „
„ Zeitung und Broschüren	7,19 „
„ Briefporto und Schreibmaterialien	4,49 „
„ Unterstützung und Geschenke	4,47 „
„ Möbelreparatur	2,75 „
„ Tabak	5,05 „
„ Taschen- und Ausgehgeld	8,95 „
„ Sitzungen	3,60 „
„ Sonstige Ausgaben	6,75 „
Summa der Gesamtausgaben	1446,66 Mark
Bleibt ein „Uberschuß“ von	5,99 Mark.

Wie ich gelebt habe, mag die Statistik zweier Monate zeigen. Ich gebe einen Sommer- und einen Wintermonat wieder. Miete ist dabei nicht eingerechnet.

Ausgaben im Sommer:		Ausgaben im Winter:	
für Fleisch	19,48 Mark	für Fleisch	5,10 Mark
„ Backware	39,85 „	„ Backware	48,65 „
„ Wurst	8,75 „	„ Wurst	2,35 „
„ Milch	12,29 „	„ Milch	4,18 „
„ Butter	10,40 „	„ Butter	3,30 „
„ Schmalz	7,87 „	„ Schmalz	6,65 „
„ Petroleum	2,86 „	„ Petroleum	4,68 „
		„ Sirup	2,45 „
	101,23 Mark		78,56 Mark

Meine Familie besteht aus Frau und drei Kindern im Alter von 3 1/2 bis 7 Jahren. Solange ich Maurer bin, von 1897 an, habe ich nie das Glück gehabt, nur so kurze Zeit zu feiern, wie das in diesem Jahre der Fall war. Und dabei ist unser Beköstigungsgeld noch geringer, als das eines Gemeinen beim Militär. Diese stehen pro Tag 37 Pfennige zu. Auf den Kopf meiner Familie entfielen noch nicht einmal 36 Pfennige.

Ein noch schrecklicheres Bild habe ich bei den Bauhilfsarbeitern festgestellt. Diese haben bei uns 32 bis 33 Pfennige Stundenlohn. Da konnte ich bei einer Rechnung einen Jahresverdienst von 760,61 Mark ermitteln.

Meine Wohnung ist sehr klein. Jetzt mußte ich eine größere für 240 Mark mieten. Wie ich in Zukunft fertig werde, weiß ich selber nicht. Meine Frau ist von dem vielen Arbeiten sehr angegriffen. Das ist bei ihrer Tätigkeit freilich kein Wunder. Sie hat zwei Aufwartestellen. Eine auf der Vorstadt vormittags 8-10 1/2 Uhr, die zweite am Nachmittag von 1-7 Uhr. Manchmal wird es jedoch acht, auch neun Uhr, bis sie nach Hause kommt. Und so geht das Tag für Tag...

Schreit das Bild, das dieser Proletarier in so schlichten Worten entrollt, nicht geradezu gen Himmel? Tausende leben noch schlechter, als diese Familie, obwohl sie in 30 Tagen ganze 7,45 Mark, pro Tag und Person noch nicht einmal fünf Pfennige für Fleisch und Wurstwaren ausgeben konnte. Ein herrlicher Segen, den die Wirtschaftspolitik der bestehenden Klassen über uns brachte!

Jastrow.

Das Jastrower Parteilokal niedergebrannt! Das Restaurant des Herrn Schülke in der Königsbergerstraße ist durch eine Feuersbrunst vollkommen zerstört worden. Unsere Jastrower Parteifreunde sind also zurzeit obdachlos. Hoffen wir, daß sie sich bald in einem neuen und geräumigeren Heim zusammenfinden.

Pr.-Stargard.

Der böse „Domherr“. Walken da in Preußen der Hengst des Landgestütes Pr. Stargard an Lust und Liebe ihres Amtes, ohne zu ahnen, daß sie durch ihr Dasein ein fürchterliches Zentrumsgewitter entfesselt haben. Schuld daran sind die Namen der braven Tiere. Das eine heißt Rebel, das andere nach einem alten Perseerkönig Cambyses und das dritte, o Graus! hört auf den Titel: Domherr. Das sind gewiß für Pferde eigenartige Namen, aber über den Beschmack wollen wir nicht streiten. Worauf es hier ankommt, ist, daß die Zentrumspresse einen förmlichen Lobsuchtsanfall darüber bekommt, weil ein Hengst auf das Wort Domherr hört. Die Germania schreibt:

„Es ist ein ganz unglaublicher Skandal, daß die königliche Gestütsverwaltung eine derartige Benennung der Hengste wie „Domherr“ — im Löbauer Falle war der Hengst „Pabst“ genannt worden — zuläßt oder gar selbst anordnet. Die Katholiken müssen es sich ganz entschieden verbitten, daß mit Standesbezeichnungen ihrer Geistlichen in diesem Zusammenhange und in erschütterlicher Absicht der Verhöhnung ein derartiger grober und abscheulicher Unfug getrieben wird. Wir möchten bloß das Protokoll in ganz Deutschland hören, das sich, und zwar ebenfalls mit Recht, erheben würde, wollte ein Gestütsdirektor es wagen, einen Hengst etwa

